



Leitantrag: Kriterien zur Genehmigung von Freihandelsabkommen

Verabschiedet von der SP Fraktion in der Bundesversammlung am 28. Februar 2017

Die wirtschaftliche Globalisierung hat vorab in Entwicklungs- und Schwellenländern Hunderte von Millionen Menschen aus tiefster Armut befreit und zu einem vom Export abhängigen Erwerbseinkommen verholfen. Gleichzeitig beschleunigte die Globalisierung im Verbund mit der technologischen Entwicklung in vielen OECD-Ländern den Strukturwandel, vernichtete Millionen von industriellen Arbeitsplätzen und verschärfte die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in einem Ausmass, dass der soziale Zusammenhalt gefährlich in Frage gestellt wird. Der relative Abstieg von Facharbeitern und der Mittelschicht ist in Europa und den USA wichtiger Nährboden für Fremdenhass, gesellschaftliche Abschottung, Vertrauensverlust und wirtschaftlichen Protektionismus geworden.

Politische Appelle genügen hier nicht mehr, um Gegensteuer zu geben. Vielmehr braucht es strukturelle Veränderungen in der Globalisierung. Wer Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie offene Gesellschaften und Märkte erhalten will, kommt nicht darum herum, die Globalisierung sehr viel verbindlicher sozial, menschenrechtlich und ökologisch zu gestalten, als dies bisher der Fall war. Die Früchte der Globalisierung gehören allen und nicht bloss einigen Wenigen. Ebenso muss alles daran gesetzt werden, die Risiken und Kosten der wirtschaftlichen Globalisierung mittels einer politischen, wirtschaftsdemokratischen Globalisierung wirksam zu vermindern.

Für die SP Fraktion bedeutet dies mit Blick auf die Handelspolitik, dass sie einen konsequenten Übergang vom freien zum fairen Handel erwartet. Die SP anerkennt, dass der Bundesrat für die Verankerung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards in Freihandelsabkommen eintritt. Es genügt freilich nicht, sich zu diesen Normen zu bekennen. Vielmehr braucht es verpflichtende institutionelle Vorkehrungen, damit diese Normen im Kontext der erleichterten Handelsbeziehungen auch tatsächlich umgesetzt werden.

- Die SP Fraktion stimmt in Zukunft Freihandelsabkommen nur noch zu, wenn diese tatsächlich zu fairem Handel und einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Die acht ILO-Kernübereinkommen und Klauseln über Arbeitsschutz, Nachhaltigkeit und Menschenrechte müssen in den Abkommen ausdrücklich erwähnt sein. Zusätzlich braucht es in der Anwendung des Freihandelsabkommens institutionelle Vorkehrungen, damit diese Normen auch tatsächlich umgesetzt werden. Neben den Handelsbehörden müssen auch andere staatliche Behörden wie jene für Arbeit, Umwelt und Menschenrechte sowie die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft interpretative Stellungnahmen abgeben können und es braucht entsprechende Umsetzungsgarantien der Vertragsparteien.
- Fehlen Bestimmungen über die konkrete Umsetzung von Nachhaltigkeitsnormen, enthält sich die SP Fraktion bei der Genehmigung von Freihandelsabkommen der Stimme.
- Fehlen sowohl Nachhaltigkeitsnormen als auch Umsetzungsbestimmungen, lehnt die SP Fraktion Freihandelsabkommen ab.

Gleichzeitig bekräftigt die SP Fraktion, dass multilaterale Verhandlungen klare Priorität vor bilateralen und plurilateralen Verhandlungsformen haben müssen.